

Die Berliner Welt-Zeitung erscheint täglich (Sonntag nur morgens, Montag nur abends) Abonnementspreis für Berlin: 75 Pf. monatlich frei ins Haus, vierteljährlich 2.25...

Berliner Welt-Zeitung mit täglichem Familienblatt und illustriertem Sonntagsblatt Abend-Ausgabe

Interaktionspreis für die Zeit 40 Pf. Stellenangebote und Gefunde... Haupt-Expedition: SW. Jerusalemstr. 46/49.

Redaktion: Jerusalemstr. 46/49. Für unentgeltlich eingehende Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur: Karl Vollrath, Berlin W. Verlag: Druck Rudolf Wölfe, Berlin SW.

Man wittert Morgenluft.

Das Zentrum auf der Lauer.

Angesichts der reichhaltigen Versammlungspolitik hofft das Zentrum — schon längst nicht mehr im Stillen — auf die Rolle des lachenden Dritten. Die Beamtungsprobe, der die Wodopolitik durch Reichsfinanzreform und Wahlrechtsfrage gleich zu Beginn der parlamentarischen Tagungen ausgesetzt sein wird, gibt die nicht ganz unbegründete Voraussetzung der Hoffnungen her, und die Vorkämpfer der Regierung sind bereit, die Vorkämpfer des Zentrums den Mut, indem sie seine Aufstiege zu verhindern. Wenn dieser Tage die „Gemanian“ mit höchstem Stolz auf die Unbetrefflichkeit der Machtquellen des Zentrums hinweist, so war das hypothetisch. Es hätte keinen anderen Zweck, als die Regierung darauf aufmerksam zu machen, daß alle Hoffnungen auf die Seite der Regierung übergehen, der Träger der Parole „Zentrum“ aus dem Zentrumstrium, ist der geeignete Mann. Schon wiederholt hat er seine fühler ausgesprochen. Jetzt hält er den Augenblick für gekommen, in dem man bereits ein offenes Wort reden kann. Denn das Zentrum braucht sich in keinem Stille verbergen, es braucht die Rechte mit dem Ziel zu verfolgen, die Rechte zu erhalten. Die Rechte zu erhalten, das ist die Aufgabe des Zentrums. Die Rechte zu erhalten, das ist die Aufgabe des Zentrums. Die Rechte zu erhalten, das ist die Aufgabe des Zentrums.

Wegen der Vermehrung der englischen Streitkräfte

richtet sich eine Eingabe, die gestern dem englischen Premierminister übergeben wurde, und die von 144 Mitgliedern der Parlamentarität unterzeichnet worden ist. In der Eingabe heißt es:

England unterhalte mit den fremden Mächten Beziehungen, die die drohenden Gefahren vermindern. Die Ausgaben, die die Regierung aufbringen, nämlich die Einmischung in den Krieg, müssen mit seinen verschiedenen Bedürfnissen im Einklang zu bringen, müssen jetzt in den Vorkriegsbedingungen entsprechend den Traditionen des Landes gemacht werden, um zu verhindern, daß Englands Kraft und Ehre durch die Vermehrung der Streitkräfte unter der Unterhaltung der Kriegsmarine geschwächt werden.

Auf die Stellungnahme des englischen Kabinetts zu dieser Eingabe darf man gespannt sein.

Schönings Kandidatur.

Die Annahme einer freiwirtschaftlichen Landtagskandidatur während der letzten Landtagswahl figuriert, wie man weiß, unter den „Verbrechern“, die dem Bürgermeister von Hülum vorgeworfen werden. Gestern erhielt das „Welt-Zeitung“ von Herrn Dr. Schönings ein Schreiben, worin er den Vorgang authentisch darstellt. Der Brief lautet wie folgt:

In einem Besonderen in den letzten Wochen vor der Landtagswahl erschien bei mir ein in Schleswig wohnender Beamter und teilte mir mit, er habe den Ruftrag, mir zu sagen, ich solle möglichst bald meine Kandidatur beim Regierungspräsidenten zur Sprache bringen und die mir als gewöhnliche Aufgabe erachteten, doch als Bürgermeister für die freiwirtschaftliche Kandidatur in der Landtagswahl notwendig, um eine dänische zu verhindern. Ich lehnte es ab, diese Erklärung abzugeben.

Der Bericht, Herrn Dr. Schönings zum Nachschlagen einer von Regierungspräsidenten gewünschten Geschäftsbildung einer Handlung zu bestimmen, die zu entscheiden er nicht die geringste Verantwortung hat, rechtlich würdig ist und den anderen Verantwortlichen dieser schonen Geschichte an. Der Reichsfürstler und der Minister des Innern befinden sich heute in Berlin. Wird man nun endlich hören, wie sie über den unerbittlichen Vorgang denken?

Der nicht beständige Rektor.

Auf dem Gebiete der Hellenischen Lehrerbildungspolitik wurde Bekämpfung politischer Gendarmen die neue große Tat vollbracht worden. Aus Kolberg wird uns berichtet: Der Rektor Judd in Kolberg, Vorsitzender des über 4000 Mitglieder zählenden Pommerischen Provinzial-Lehrervereins, ist als Mitglied der Schuldeputation an Kolberg von der königlichen Regierung zu Kollin nicht beständig worden! — Rektor Judd kandidierte 1907 in der Reichstagswahlkommission als Kandidat der freiwirtschaftlichen Vereinigten Liberalen und National-Liberalen im Wahlkreis Kolberg-Kollin. Und so etwas darf ein preussischer Lehrer nicht tun!!!

Reaktionärer Kuhhandel.

Daß die Wahlreform in Preußen abermals auf die lange Bank geschoben wird, nachdem die Regierung ihr reaktionäres Abgeordnetenhaus glänzend ins Trockene gebracht hat, steht fest. Aber das genügt den Konservativen noch nicht. In den nächsten Wahlen sollen die Konservativen noch nicht in die Provinz Brandenburg ist jetzt das Folgende zu lesen:

Sobald im Herbst die Wahlrechtsanträge der Gewerkschaften in Landtage kommen werden, würde es sich empfehlen, der Regierung als Richtschnur für die Vorgehen die Regierung mit auf den Weg zu geben, die Bildung der Wahlrechtsanträge in einem Zusammenhange mit einer Reform des Gemeindevahlrechts und nicht minder des Reichstagswahlrechts zu bringen. Gemilde der Gerechtigkeit und Billigkeit sprechen dafür, und diesen kann und darf sich eine einsichtsvolle Regierung niemals verschließen. Ebenfalls kann, ja muß erwartet werden, daß nicht wenige an dem preussischen Wahlrecht beunruhigt sind, bis eine Einigung über die gleichzeitige Reform des Gemeindevahlrechts gefunden ist.

Was weißt du mit dem geheimen Wahlrecht: Das ist die Grundlage, auf der Konserwativen quaddig wegen einiger Venderungen am preussischen Wahlrecht mit sich reden lassen wollen. Das war zu erwarten.

Die Einigungsverhandlungen beim Vulkan.

Aus Seattle wird uns berichtet: Nachdem sich die ausgedehnten Arbeiter des Vulkan vereinbarten mit den Bedingungen, die die Arbeiterkommissionen festsetzten, nachdem die Einigungsverhandlungen im Direktionsgebäude des Vulkan statt. Die Arbeiterkommissionen lösten hierbei noch einige Verhandlungen betreffs der Lebensunterhaltung zu verlangen. Die Direktoren sind bereit, im wesentlichen an ihren Bedingungen zu halten, namentlich daran, daß von den Arbeitern bis zur Fertigstellung des großen Komplexes „George Washington“ mindestens 3750 Arbeiterstunden geleistet werden müßten, um den Dampf konstantmäßig am 22. Oktober von Stapel laufen lassen zu können. Die

Direktion empfahl den Arbeiterkommissionen, den Arbeitern in ihrer Gesamtheit die Annahme der Bedingungen, die die Direktoren nahe zu legen, damit die Beschäftigung endlich aufgehoben werden könne. Die Arbeiter werden in einer neuerdings abgehaltenen Versammlung zu der Sachlage Stellung nehmen.

Urtal für stillende Mütter.

Das Kriegsministerium hat verfügt, daß von den Direktoren der Militärärztl. Stellen in Sanbau den dort bestellenden Arbeiterinnen, die stillende Mütter sind, mittags ein Urlaub bis zu drei Stunden ohne Lohnabzug gewährt werde, damit sie in der Lage sind, sich zu ihrer im Säuglingsheim in Pflege befindlichen Kindern zu kümmern. — Diese Bestimmung gilt allen großen Privatbetrieben, in denen Frauen beschäftigt werden, zur Nachahmung empfohlen.

Das Rauchverbot wieder aufgehoben.

Für die zahlreichen Raucher unter den Reisenden, die das rechtlich eingeführte Rauchverbot in den Seilwagen höchst schmerzhaft berührt, kommt eine erträgliche Abhilfe durch die Vorarbeiten des Deutschen Eisenbahnverkehrsverbandes. Auf die frühesten Bestimmungen über das Rauchen in den Seilwagen werden in einem zu diesem Zweck fernerhin geschaffenen Seilwagen gestattet. Nur während der gemeinlichstlichen Wahlzeiten hat dieses zu unterbleiben, genau so wie es früher war. Danach scheinen die unzähligen Beschwerden über diese Verordnung doch von Nutzen gewesen zu sein. Ausschlag entscheidend ist, daß die Bestimmungen, die schon vom 1. Mai 1908 datieren, bisher dem Publikum nicht bekanntgegeben sind.

Eine Militärrevolution in Smyrna.

Nach einer Meldung der „Frank. Ztg.“ aus Konstantinopel vom 29. d. M. hat die Garnison von Smyrna den Generalgouverneur der dortigen Provinz sowie den Plakotommandanten abgesetzt. Ferner wurde in Adin der Mutescharen von Militär verhaftet.

Der Eid auf die Verfassung.

Der Sultan hat, wie weiter aus Konstantinopel berichtet wird, gegen die Verfassung feierlich geschworen. Der Eid war öffentlich. Scheich El-Islam sagte dem Sultan die folgenden Worte: „Schwöre, Schwöre, der Sultan laud, daß er die Konstitution beschützt und befolgt.“

Inzwischen scheint sich aber bereits die Reaktion vorzubereiten. Wie der „N. N.“ aus Konstantinopel berichtet wird, wird in angeblich ersten Kreisen eine nicht unbeträchtliche Gefahr in dem Umstand erblickt, daß die Jungtürken ein höherer Rang der bisher im Auslande verbannt lebenden Führer nach Konstantinopel hatten, die im Sinne republikanischer Forderungen die ruhig und vernünftig denkenden Elemente auf ihrer Seite zu ziehen trachten. Wenn der erste Begeisterungszustand verfliegen ist, werden auch in der Türkei sich die Dummheiten wieder hervorzuzeigen.

Das Programm der Jungtürken.

Wie dem Londoner „Daily Telegraph“ aus Konstantinopel berichtet wird, sind alle bisher getrockneten Wahlsprüche vor dem jungtürkischen Komitee aus dem Führer der jugendlichen Bewegung abgelesen worden. Das Komitee verlangt strenge Durchführung der Konstitution. Ferner sind alle darin eingetragene die Abschaffung der Kamarka, die den Sultan umgibt, das erste Ziel sein muß. Das Komitee beschäftigt sich bereits mit den Vorarbeiten für die Wahlen, um den Jungtürken die Mehrheit im Parlament zu verschaffen.

Der Korrespondent der Wiener „Neuen Freien Presse“ in Saloniki teilt seinen Hatten aus einer Unterredung mit über die folgende Festsetzung mit: Die Jungtürken werden nun die Agitation für die Parliamentswahlen im ganzen Reiche aufnehmen. Der Ausschluß der christlichen Bevölkerung ist gefordert, auch mit den Bulgaren, weil die Jungtürken ein gewisses Ziel zu verfolgen. Einmal erklärte ferner: „Auch wir müssen noch längere Zeit mit den europäischen Mächten verhandeln; wir sind aber bestrebt, Europa zu zeigen, daß wir Züren und selbst reformieren und etwaige Einmischungen überflüssig machen können.“

Ueber die Haltung Bulgariens.

Gegenüber der neuen Lage der Dinge in der Türkei berichtet ein offizielles Telegramm des Wiener „Korrespondenz-Bureau“ aus Sofia: Gegenüber Nachrichten, die über eine feindselige oder feindselige Haltung der bulgarischen Regierung gegen die Jungtürken zu unterrichten. Einmal erklärte ferner: „Auch wir müssen noch längere Zeit mit den europäischen Mächten verhandeln; wir sind aber bestrebt, Europa zu zeigen, daß wir Züren und selbst reformieren und etwaige Einmischungen überflüssig machen können.“

Der Kampf gegen die Erbschaft.

Nach einem Telegramm aus New York (Wassachusetts) erklärte dort der Attorney-General Bonaparte (der amerikanische Justizminister), die Regierung werde es sich endlich angelegen sein lassen, die Revision der jüngsten gerichtlichen Entscheidung in dem Verfahren gegen die Standard Oil Company durchzuführen. Alle gegen diese Gesellschaft und andere Interessenvereinigungen erhobenen Beschwerden wegen Gebots und Nehmens von Rabatten würden zur Unterbindung gelangen. Die New-Yorker Zeitungen melden, daß die Canadian Pacific, die Great Northern, die Union Pacific, die Northern Pacific, die Southern Pacific, die Atchafalpa, die Santa Fe und die Oregon Short Line-Eisenbahnen beauftragt worden sind, die neuen Erbschaftsverträge nach China, Japan, New-Seeland und Australien

Das deutsch-englische Wettstreiten.

Der englische Schachspieler Lloyd George ist von den „Times“ wegen der beachtenswerten Rede, die er angestellt hat, in London tagenden Internationalen Friedenskonferenz über die deutsch-englischen Beziehungen und über die Neutralität beider Mächte in Bezug auf die Vergrößerung ihrer Flotten gehalten hat. Die „Times“ machen dem Minister zum Vorwurf, daß er sich gegen das Prinzip der Gleichheit des Zweinächste-Schachspiels ausgesprochen habe. Lloyd George wendet sich in einem Schreiben an die „Times“ gegen diese falsche Auslegung seiner Rede. Er sagt in dem Schreiben unter anderem:

Ich wollte zum Ausdruck bringen, daß jener Zustand von Aggression und Beunruhigung, der bei allen Großmächten tabellarisch ist, noch mehr bei den Vereinigten Königreich zu bestehen, und zwar wegen der Stärke seiner Flotte. Ich hätte aus, daß, wie unsere Marine unser Land vor einer Invasion schützt und zu diesem Zweck auf dem Zweinächste-Standard gehalten wird, die deutsche Seemacht ihrerseits Deutschland vor einer Invasion schützt, aber von Deutschen Reich nicht auf dem Standard seiner beiden nächsten Nachbarn gehalten wird. Folglich sind Neutralität und Aggression, wenn auch an sich zu billigen, doch natürlicher und weniger tabellarisch auf Seiten Deutschlands als auf der unserer. Ich bin sicher, daß diejenigen, die meine Rede wirklich angehört haben, die letzten Worte werden, meine Rede als Angriff auf den Zweinächste-Standard auszuliegen.

Der Standpunkt, den der englische Minister in diesem Schreiben vertritt, ist durchaus logisch und gerecht. Vielleicht nimmt aber namentlich Herr Lloyd George die Rolle, die diesen Standpunkt im englischen Ministerkabinett zur Geltung zu bringen. Erst dann, wenn England sein Zentrenbauprogramm verringert, darf es von Deutschland erwarten, daß es dasselbe tut.